

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe ausgegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenstellung:
Gesellschaft 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Marx bildet sein Kabinett.

Sonnabend oder Dienstag Regierungserklärung.

Die innerpolitische Lage hat im Laufe des heutigen Vormittags keine Veränderung erfahren. Der Reichstanzler Marx ist dabei, sein Kabinett zu bilden; er hat zu diesem Zweck auch mit der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei verhandelt. Feststeht bisher nur, daß die Herren Stresemann und Jarres dem neuen Kabinett nicht mehr angehören werden. Es ist möglich, daß auch andere Mitglieder des bisherigen Kabinetts — man spricht u. a. auch von Finanzminister Luther — auf die Weiterführung ihrer Ämter verzichten. Herr Marx soll jedoch entschlossen sein, unter allen Umständen eine Regierung zusammenzubringen und mit ihr vor den Reichstag zu treten.

Als Ersatz für die auscheidenden Minister kommen Deutschnationale und Volksparteiler nicht in Betracht, da diese nur in eine Bürgerblockregierung gehen wollen und die neue Regierung Marx eine solche nicht sein will. Ob Zentrum, Demokraten und die kleineren mehr rechts stehenden Mittelparteien oder Beamte in die entstehenden Lücken treten werden, ob beispielsweise Herr Koch, wie schon behauptet wurde, das Innenministerium übernehmen will, steht noch dahin.

Der Ältestenausschuß des Reichstags hat beschlossen, daß auch morgen eine Sitzung abgehalten werden soll. Möglicherweise wird dann schon übermorgen, Sonnabend, die neue Regierung Marx im Reichstag ihr Programm verkünden. Sollte sich die Regierungsbildung verzögern, so will man den Sonnabend und den Montag Sitzungsfrei lassen, um dann am Dienstag die Regierungserklärung entgegenzunehmen.

Daß die Bürgerblockstrategen noch im letzten Augenblick alle Winen springen lassen werden, um das Zustandekommen einer Regierung im Reich zu verhindern, versteht sich von selbst. Ihr Treiben läuft auf eine Sorte von Anarchismus hinaus; man will so lange einen Zustand der Regierungslosigkeit aufrechterhalten, bis man sich selber die Macht erprobt hat. Die Bildung einer neuen Regierung Marx bedeutet gegen diese Anarchistenaktion einen entscheidenden Vorstoß.

Das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“, erteilt in seiner heutigen Morgennummer der Volkspartei eine deutliche Abfage. Es schreibt:

Für den augenblicklichen politischen Wirrwarr in Zeiten höchster nationaler Not trifft die Deutsche Volkspartei die volle Verantwortung. Sie hat diese Krise herbeigerufen und immer mehr kompliziert. Auf sie sollen deshalb auch die Folgen, die kommen müssen, wenn das Spiel so weiter geht. Diesen regierungslosen Zustand können wir nicht länger ertragen. Wenn die Deutsche Volkspartei dauernd Schwierig-

keiten macht, muß ihr eben gezeigt werden, daß es auch ohne sie geht. Das Deutsche Reich kann auch ohne den Minister Stresemann bestehen. In Preußen haben sich die Deutschen Volksparteiler glatt neben den Stahl gesetzt. Einstweilen besteht dort eine Regierung ohne Volkspartei, und die nächste Zeit wird lehren, daß es auch so geht. Im Reich sind die Volksparteiler auf dem besten Wege, sich immer tiefer in die Sackgasse hineinzumandrieren. Wenn sie sich dort so wohl fühlen, nun gut, so möge man sie darin lassen. Auf alle Fälle geht es nicht weiter an, diese Krise weiter hinzuziehen. Die Interessen des Landes erfordern rasche Entschlüsse.

In der Ankündigung der Volkspartei, sie werde ein „Rumpfkabinett“ in Preußen mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfen, schreibt die „Germania“ kühl und trocken:

Das sogenannte „Rumpfkabinett“ wird dieselbe Politik treiben, die bisher die Große Koalition verfolgt hat. Die Deutsche Volkspartei muß sich also im Gegensatz zu ihrer eigenen Politik setzen, wenn sie die nicht sonderlich imponierende Drohung, das Kabinett mit allen parlamentarischen Mitteln zu bekämpfen, in die Tat umsetzt. Wenn diese Ankündigung den Zweck haben sollte, auf das Zentrum einzuwirken, so dürfte das belläufig ein Versuch mit untauglichen Mitteln sein.

Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ soll die Minderheit der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums etwa 20 Mann betragen. Ihr Führer ist der frühere Reichsfinanzminister und jetzige Landtagsabgeordnete Herms!

Sitzung des Ältestenrates.

Im Reichstag ist heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Lösser der Ältestenrat zum erstenmal zusammengetreten. Zunächst wurde die Verteilung der Sitze in den einzelnen Fraktionen auf den Ältestenrat und auf die Ausschüsse des Reichstages vorgenommen.

Der Geschäftsordnungsausschuß wird nach Schluß der Plenarsitzung zusammentreten, um über die kommunistischen Anträge auf Freilassung der verhafteten kommunistischen Abgeordneten zu beschließen.

Umschwung in der Wirtschaftspartei.

Die Wirtschaftspartei im Reichstag hat an Stelle des Prof. Bredt den Bayerischen Bauernbündler und früheren Reichsernährungsminister Prof. Fehr zu ihrem Vorsitzenden und den Abg. Dremwig zu dessen Vertreter gewählt. Das bedeutet eine Abfage an die von Herrn Bredt vertretene reaktionäre Richtung.

Theunis über die Wirtschaftsverhandlungen.

Brüssel, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In dem Organ der französischen Schwerindustrie wird am Mittwoch eine Unterredung mit dem belgischen Finanzminister Theunis über die Wirtschaftsverhandlungen, die zurzeit von Belgien geführt werden, veröffentlicht. Die Frage, wieweit die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen gedeihen sind, beantwortete Theunis wie folgt: „Da sind wir an dem gleichen Punkt angelangt, wie Frankreich. Die belgisch-deutschen und die französisch-deutschen Verhandlungen sind zwar nicht miteinander verbunden, aber sie entwickeln sich parallel. Der Abschluß eines modus vivendi zwischen Belgien und Deutschland hängt von dem Erfolg der französisch-deutschen Besprechungen ab. Man kann bereits jetzt sagen, daß vor dem 10. Januar kein Abkommen mehr zustande kommen kann.“ — Im weiteren Verlauf der Unterredung erklärte der Finanzminister, daß die französisch-belgischen Wirtschaftsbeziehungen nicht schlecht sind. Es werde zwischen Frankreich und Belgien niemals ein ernstes Mißverständnis geben. Diese Ueberzeugung werde von ihm auch vertreten in dem Augenblick, wo die interalliierte Finanzkonferenz beginnt.

Staatssekretär Trendelenburg berichtet heute mittag in einer Kabinettsitzung über den Stand der Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Verstärkte Unterdrückung in Italien.

Beschlagnahmungen und Hausdurchsuchungen.

Rom, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die italienische Regierung versucht unter dem Druck der Faschisten die Drohung Mussolinis teilweise doch noch wahrzumachen. Laut „Tribuna“ sind am Mittwoch die Ausgaben fast aller Oppositionsblätter beschlagnahmt worden. In ganz Italien fanden gleichzeitig bei den verschiedensten maßgebenden oppositionellen Persönlichkeiten Hausdurchsuchungen statt. Viel erörtert wird die Hausdurchsuchung bei dem Anwalt Masperi in Brescia. Masperi war früher Sekretär des Rutilio Vacelli. Gleichzeitig wird die Auflösung einer bekannten Freimaurerloge in Florenz gemeldet, wie sich überhaupt ein großer Teil der Maßnahmen gegen die Freimaurer richtet. In der Mittwochssitzung beschloß der Ministerrat, daß die Maßnahmen gegen die Opposition fortgesetzt werden sollen. Mussolini erklärte, daß die Kammer nach der Annahme des Wahlgesetzes geschlossen wird und dann Neuwahlen erfolgen.

Recht und Pflicht der Räumung.

Eine militärische Danks-Regelung tut not!

Die Schuldfrage des Kölner Räumungskonfliktes im Einzelnen zu beantworten, bleibt späterer Geschichtsschreibung vorbehalten. Die Grundlinien seiner Entstehung jedoch sind auch Gegenwartsaugen erkennbar. Die Internationale der Rationalisten hat wieder einmal trefflich zusammen gearbeitet. Zum Unterschied von früheren Fällen aber, etwa zur Zeit Poincarés, braucht man diesmal nicht Vorbehalt und bewußte Absicht als treibende Kräfte zu suchen. Zur Erklärung genügen schon mangelnde Voraussicht und schuldhaftige Fahrlässigkeit. Die Rechtslage ist verworren; halb zwangsläufig kam es zu dem Zusammenstoß, den nur eine ganz bewußte und ganz krafterfüllte Friedenspolitik hätte vermeiden können.

Der Versailles Vertrag wollte in seinem XIV. vorletzten Teil die „Bürgschaften für die Durchführung“ seiner Vorschriften regeln. Seinem sonstigen Gehalte entsprechend verzichtete er auch hier nicht auf die äußere Gewalt. In derselben Art, in der er auferlegt wurde, sollte seine Erfüllung gesichert werden. Die Besetzung deutschen Reichsgebietes wurde als Erfüllungsbefehl vorgegeben. Artikel 428 lautet: „Um die Ausführung des vorliegenden Vertrages durch Deutschland sicherzustellen, werden die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren . . . durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt gehalten.“ Dazu wurde ein Erfüllungsanreiz geschaffen. Artikel 429 Abs. 1 bis 4: „Werden die Bedingungen des vorliegenden Vertrages von Deutschland pünktlich erfüllt, so wird die in Artikel 428 vorgeordnete Besetzung nach und nach wie folgt eingeschränkt: 1. Nach Ablauf von fünf Jahren werden geräumt: der Brückenkopf von Köln und . . . 2. nach Ablauf von zehn Jahren werden geräumt: Der Brückenkopf von Koblenz und . . . 3. nach Ablauf von fünfzehn Jahren werden geräumt: der Brückenkopf von Mainz, der Brückenkopf von Rahl und das übrige deutsche besetzte Gebiet.“ Artikel 431: „Leistet Deutschland vor Ablauf von fünfzehn Jahren allen ihm aus dem vorliegenden Vertrag erwachsenden Verpflichtungen Genüge, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.“ Dazu wurden zwei Erfüllungsnödigungen, eine militärische und eine ökonomische, geschaffen; jene kann einmal beim Ablauf der fünfzehn Jahre, die andere dauernd während und nach der fünfzehnjährigen Frist angewandt werden. Als militärische Erfüllungsnödigung verfügt der sich an die vorerwähnten vier unmittelbar anschließende fünfte und letzte Absatz des Artikels 429: „Erachten zu diesem Zeitpunkt (also beim Ablauf dieser fünfzehn Jahre) die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend, so darf die Zurückziehung der Besatzungstruppen in dem zur Erlangung der genannten Sicherheit für nötig gehaltenen Maß aufgeschoben werden.“ Als ökonomische Erfüllungsnödigung bestimmt Artikel 430: „Stellt während der Besetzung oder nach Ablauf der oben vorgeordneten fünfzehn Jahre der Wiedergutmachungsausschuß fest, daß Deutschland sich weigert, die Gesamtheit oder einzelne der ihm nach dem vorliegenden Vertrag obliegenden Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen, so werden die im Artikel 429 genannten Zonen sofort wieder durch alliierte und assoziierte Streitkräfte ganz oder teilweise besetzt.“

Diese letzte der genannten Erfüllungsnödigungen kommt für den vorliegenden Fall nicht in Betracht. Das Londoner Abkommen mit der nachfolgenden, von der Reparationskommission anerkannten Durchführung hat den bis zu Poincarés Ende hartnäckig festgehaltenen Einwand gegen die Räumung, daß Deutschland nicht reparationserfüllt habe, in Stücke geschlagen.

Aber auch die militärische Erfüllungsnödigung kann auf dem Wege rechtens von der Gegenseite nicht herangezogen werden. Sie macht sich einer Rechtsbeugung schuldig, wenn sie die Nichträumung mit ihrer „Sicherheit“ aus Artikel 429 Absatz 5 begründen will. Im Zusammenhang mit dem ursprünglich zu einem viel früheren Zeitpunkt in Aussicht genommenen deutschen Völkerbundseintritt und mit dem späterhin nicht in Kraft getretenen anglo-amerikanischen Garantiepakt zu Frankreichs Gunsten ist vorgesehen: Der Einwand der bedrohten Sicherheit darf nicht während der Besetzung bei Ablauf der fünfzehn Jahre erhoben werden. Offenbar wollten England und Amerika Frankreich die Möglichkeit nehmen, die anderen Alliierten fortwährend zu Diskussionen über eine vermeintliche Bedrohung seiner Sicherheit zu nötigen; deshalb sieht der Vertrag eine einmalige Auseinandersetzung über eine etwaige deutsche Angriffsgefahr nur am Ende der normalen Räumungsgefahr vor. Vermutlich hat das Sichklarwerden über den Sinn dieser Bestimmung die Diskussionen der Völkerbundskonferenz so verlängert und die Absendung der Note an Deutschland so verzögert.

Juristisch genommen bleibt den Alliierten zur Begründung ihrer Nichträumung also nur die Berufung auf jene allgemeine Erfüllungsnödigung, die den Artikel 429 einleitet. Aus drei Gründen aber wäre ihre Anführung unzureichend:

Die Worte: „Werden die Bedingungen des vorliegenden Vertrages von Deutschland pünktlich erfüllt“ sind nichts als eine allgemeine Formel, die erst durch die nachfolgenden Ar-

Zur Wahl des Reichstagspräsidenten.

„Kölnische Zeitung“ gegen Volkspartei.

Köln, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiederwahl unseres Genossen Lösser zum Reichstagspräsidenten wird heute morgen von der volksparteilichen „Kölnischen Zeitung“ wie folgt kommentiert:

„Wer nicht mit engen politischen Parteilichungen befangen ist, muß diese Wahl begrüßen. Denn Lösser hat sich als einer der besten Präsidenten bewährt, die der Reichstag je gehabt hat. Diese Unparteilichkeit hat ebenso sehr bei allen Parteien Anerkennung gefunden, wie seine Fähigkeit die Geschäfte des Hauses mit Umsicht zu leiten und bei nationalen Kundgebungen treffende und passende Worte zu finden. Daß die Mehrheit die für seine Wiederwahl zum Präsidenten eintrat, nicht größer war, ist eine bedauerliche Begleiterscheinung der erbitterten parteipolitischen Fehde unserer Tage, die selbst das vergessen läßt, was man vor einem guten halben Jahr als recht bezeichnet hatte.“

Im Parlament herrschte die Auffassung, daß die stärkste Partei den Reichstagspräsidenten zu stellen habe. Mit diesem Argument haben die Deutschnationalen im Mai ihren berechtigten Anspruch erhoben, einen der Ohren an die Spitze des Reichstages berufen zu sehen. Die Deutsche Volkspartei hat den Rechtsanspruch der Deutschnationalen anerkannt und ihm zur Verwirklichung verholfen. Es berührt doch einigermaßen peinlich, daß diese Parteien heute eigene Kandidaten aufstellen und die Deutsche Volkspartei sich auf die Unterstützung des deutschnationalen Kandidaten im zweiten Wahlgang festgelegt hat. Die Begründung, daß im Mai die Sozialdemokraten eine entgegengesetzte parlamentarische Auffassung über das Recht der stärksten Fraktion vertreten hätten, schlägt u. E. nicht durch. Man darf insbesondere überzeugt sein, daß eine Stimmenabgabe für Lösser durch die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen den Eindruck gemacht hätte, daß diese Parteien in dem parteipolitischen Kampf der Gegenwart sich nur von rein sachlichen Beweggründen leiten lassen. Da aber nun Herr Lösser alle Qualitäten eines Reichstagspräsidenten mitbringt, ist offenbar, daß ebenfalls nicht sachliche Erwägungen gemäß der Rechtsauffassung, die die beiden Parteien im Mai d. J. vertreten haben, ihre Wahl berechtigt haben. Es ist wieder einmal eine Gelegenheit verpaßt worden, die politische Atmosphäre zu einem kleinen Teil zu entsäubern.

Diese scharfe aber treffende Kennzeichnung der volksparteilichen Unschicklichkeit durch ein Blatt, das sonst die Politik der Deutschen Volkspartei stets zu verteidigen bedacht ist, wird der volksparteilichen Reichstagsfraktion nicht gerade angenehm in den Ohren klingen.

tikel über die militärische und ökonomische Erfüllungsbedingung einen bestimmten ungenügenden Inhalt empfangen. Ihre Ausführung wäre deshalb nur als fadenscheinig zu bezeichnen.

Weiterhin gibt es keine Instanz, vor der die Parteien ihre Meinungsverschiedenheiten darlegen und von der sie ein unparteiisches Urteil erwarten können. So wären Verhandlungen über die Ausführung der Räumungsvorschriften geboten gewesen.

Schließlich aber hat der Wortlaut des Teiles XIV des Versailler Vertrages durch die politische Entwicklung einen anderen Sinn erhalten als er ursprünglich hatte. Offenbar hat sich niemand träumen lassen, daß die interalliierte Militärkontrolle je mit der Räumungsfrage in Verbindung gebracht werden könne; hat doch bereits 1920 der Völkerbundsrat die Bundesaufsicht gemäß Artikel 213 vorbereitet, die die zeitlich begrenzte Militärkontrolle ablösen sollte. Es hieß die heutige politische Lage gewalttätig in eine für sie nicht passende und für sie nicht vorgesehene juristische Form pressen, wollte man sie auf Grund des Teiles XIV entscheiden. Jegliche Verbindung zwischen Nichträumung und Militärkontrolle ist eine formal-juristische Konstruktion, die die deutsche Volkspersonlichkeit in ihrem natürlichen wie in ihrem vertragsmäßigen Bestande angreift.

So richtet sich aus dem Daseinsrecht aller Völker heraus die deutsche Entrüstung einmütig gegen jegliche Absicht der alliierten Regierungen, den Räumungsausschub einfach zu notifizieren, einseitig von sich aus über ihn zu entscheiden: ein schwerer und verwerflicher Rückfall in die mit Rechtschein umkleidete Politik der Gewalt, von der sich Europa im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres befreien zu wollen schien.

Der deutschen Außenpolitik aber der vergangenen Monate kann der Vorwurf nicht erspart werden, zu wenig getan und zu viel unterlassen zu haben. Sie hat keine Vorkehrungen getroffen gegen die sich seit Dezemberanfang anbahnende Bedrohung des deutschen Rechtes. Sie hat der Gegenpartei den Rechtschein, die rechtliche Begründung für ihr Verhalten gegeben. Ihre Passivität ist mitschuldig an der neuen Verbitterung.

Zweimal hätte es dem deutschen Außenminister freigestanden, die alliierten Regierungen zu Verhandlungen zu bringen, bevor sie zu Diktanden schritten. Ein juristischer und ein politischer Einwand standen gegen den drohenden Räumungsverzug zur Verfügung. Der Wortlaut des Vertrages: „At the expiration of five years there will be evacuated, à l'expiration de cinq années, seront évacués...“ (nicht mit, sondern) beim Ablauf von fünf Jahren werden geräumt sein,“ schreibt die Vollenendung der Räumung für den 10. Januar vor, ihren Beginn also für einen angemessenen Zeitpunkt vor diesem Tage. Der Nichtbeginn der Räumungsvorbereitungen wäre also der Anlaß für eine rechtliche Räumungsinitiative gewesen. Zweitens aber lag der geographisch gegebene Zusammenhang der Kölner mit der Ruhräumung vor; eine politische Initiative hätte alsbald nach London Verhandlungen über die gemeinschaftliche und zusammenhängende Evakuierung der beiden Gebiete beginnen, die spätere Kölner gegen die frühere Ruhräumung eintauschen müssen. Dann hätte die Verknüpfung zwischen Köln und Ruhr die Verbindung von Köln und Kontrolle verhindert. Eine etwaige mangelhafte Ausführung der Entwaffnungsbestimmungen wäre dann der Politik der Gewalt entzogen und auf den Weg der Verhandlungen geführt worden.

Strasemanns Mangel an nationaler Realpolitik hat Deutschland und Europa in diese Sackgasse gebracht. Wie im Falle der vernachlässigten Begnadigung des Generals Rathenau hat er nach rechts geschickt, statt geradeaus nach vorne zu sehen. Er führt das Primat der auswärtigen Politik über die innere im Munde, ohne es im Kopf und im Herzen zu tragen.

Den Ausweg aus der verfahrenen Situation zu suchen ist jetzt noch zu früh. Es kann sich nur darum handeln, auf beschleunigte Mitteilung des Berichtes der Interalliierten Militär-

kontrollkommission zu bringen, um zu Verhandlungen über die gemachten Ausstellungen und von der Buchstabenbuchführung zu einer großzügigen Regelung zu kommen. Ähnlich wie bei den Reparationsvorschriften des Versailler Vertrages wird sich bei den Entwaffnungsbestimmungen wohl herausstellen, daß ihre peinlich genaue Durchführung ein Ding psychologisch Unmögliches ist. So gilt es nach der ökonomischen zu einer militärischen Dawes-Regelung zu kommen.

Stahlhelmregierung in Braunschweig.

Was die Schwarzweißrotten leisten!

Das kleine Land Braunschweig hat seit der Revolution stets Regierungen gehabt, in denen die Sozialdemokraten, teils allein, teils mit linksstehenden bürgerlichen Parteien vertreten war. Die Landtagswahl am 7. Dezember brachte eine Rechtsblockregierung, trotzdem die Sozialdemokratie gegenüber den Reichstagswahlen im Mai einen Stimmenzuwachs von 26 Proz. buchen konnte. Der letzte, vor drei Jahren gewählte Landtag setzte sich zusammen aus 24 Rechtsparteikern, 29 Sozialdemokraten, 6 Demokraten und einem Kommunisten. Die Regierung bestand aus 3 Sozialdemokraten und 1 Demokraten und hatte mit 35 von 60 Abgeordneten eine genügende Mehrheit hinter sich.

Im neuen Landtag, der nur noch 48 Abgeordnete zählt, hat die Sozialdemokratie 19 Sitze; die Demokraten besitzen nur noch zwei. Die Kommunisten, die gegenüber der Wahl 40 Proz. ihrer Stimmen eingeholt haben, sind ebenfalls nur durch 2 Abgeordnete vertreten. Die alte Koalition ließ sich also nicht mehr aufrechterhalten. Dabei wurde von bisherigen Regierungen und nicht zuletzt von der Koalitionsregierung der letzten Jahre, erspriechliche Arbeit für das Land Braunschweig geleistet. Erhebliche Mittel wurden für die Schule ausgeworfen (Braunschweig hat ein vorzügliches neues Lehrbuch, in dem u. a. Marx und Bebel aufgenommen sind). Die Regierung hat von einem Lehrerbau abgesehen und den Beamten den Achtstundentag erhalten. Grund- und Gewerbesteuer waren geteilt gesteuert. Eine Staffelung der Hauszinssteuer nach sozialen Gesichtspunkten schaltete am Einspruch des Reichsfinanzministers, den die Schwarz-Weiß-Roten alarmierten. Eine schwere finanzielle Belastung droht dem kleinen Lande aus den Forderungen des ehemaligen Fürsten. Dieser Welfenprinz und Schwiegerohn Wilhelms II. verlangt nicht weniger als 44000 Morgen besten Bodens nebst Domänen, außerdem das Landesmuseum, die Bibliothek in Wolfenbüttel usw.

Der neue Landtag war am 23. Dezember zum erstenmal zusammengetreten; bereits am nächsten Tage war die neue Regierung des Rechtsblocks am Ruder. Von einem Regierungsprogramm ist allerdings bis heute noch nichts zu hören. Aber die neuen „Fachminister“, ein adliger Rittergutsbesitzer, ein Oberregierungsrat und ein Regierungsrat, haben sich vom ersten Tage an bereits energisch betätigt im Abbau sozialdemokratischer Beamten. Dem bisherigen Personalreferenten im Ministerium, Genossen Mühlentamp, unterband man die Tätigkeit, indem ihm ein anderer Beamter vor die Nase gesetzt wurde, der Landesschulrat und Leiter des höheren Schulwesens Genosse Dr. Stoelzel wurde sofort beurlaubt. Schupowachmeister wurden wegen ihrer Tätigkeit im Reichsbanner sofort entlassen. Triebfeder für diese Politik des Ausräumens der Sozialdemokraten und Republikaner ist der „Stahlhelm“, der sofort nach der Wahl für seine Wahlhilfe mit seinen Forderungen unverblümt hervorgetreten ist. Er sicllte an die Regierung eine Reihe Forderungen, die „jede nationale Regierung unterschreiben muß“ und macht sich an, die Kontrolle darüber auszuüben, daß und wie sie sich dieser Aufgabe unterzieht. Diese Stahlhelm-Rebenregierung verlündet laut, daß sie die Regierung stütze, wenn sie die Stahlhelm-Forderungen erfülle, daß sie im anderen Falle aber stark genug sei, auch diese Rechtsregierung wieder zu besorgen.

Der neue Landtag tritt voraussichtlich nicht vor Mitte Januar zusammen. Vorher wird das Land am 18. Januar noch einen großen Schwarzweißrotten Reichsgründungsrundel des Stahlhelms erleben.

Es bleibt einstweilen abzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln werden. Die Regierung, auf die unsichere Mehrheit eines Nationalsozialisten angewiesen, kann jederzeit gestürzt werden.

Der zweite Magdeburger Prozeß.

Verhandlungsbeginn voraussichtlich Ende Februar.

Die uns aus Magdeburg gemeldet wird, ist die schriftliche Urteilsbegründung im Prozeß des Reichspräsidenten gegen den stellvertretenden Schriftleiter der „Mitteldeutschen Zeitung“ in Stuttgart, Rathard, nunmehr fertiggestellt. Sowohl dem Nebenkläger als auch dem Verteidiger wird das übrigens sehr ausführliche Urteil voraussichtlich zu Beginn der kommenden Woche zugestellt werden. Nach den Bescheiden der Prozeßordnung hätte das Urteil bis zum 27. Dezember bereits fertiggestellt sein müssen, doch verzögerte sich die Abfertigung infolge der Feiertage nicht unerheblich.

Nach Zustellung des Urteils wird von den Vertretern des Reichspräsidenten, den Rechtsanwältin Landsberg und Heine, auch die schriftliche Begründung ihrer Berufung erfolgen, die an sich sowohl vom Nebenkläger als auch von der Staatsanwaltschaft bereits kurz nach dem Urteil selbst eingelegt worden war.

Die neue Verhandlung, die diesmal die große Strafkammer beim Landgericht Magdeburg beschäftigen wird, wird, wie wir hören, Ende Februar oder Anfang März stattfinden, da sowohl der Reichspräsident als auch die Staatsanwaltschaft um mögliche Beschleunigung des Verfahrens nachgesucht haben. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß auch die Berufungsverhandlung längere Zeit in Anspruch nehmen wird, da der Beklagte neue Beweise angeht hat und die Ladung zahlreicher neuer Zeugen beantragt. Dagegen wird der große Fragenkomplex ausscheiden, der die erste Instanz mehrere Tage lang beschäftigte, nämlich die Behauptung, daß die Sozialdemokratie durch ihre ganze Haltung während des Krieges die Landesverteidigung erschwert oder durchkreuzt habe, und ferner, daß durch den Streik der Rüstungsarbeiter in Kiel und der Textilarbeiter in Chemnitz die Maßnahmen der Obersten Heeresleitung erschwert worden seien.

Die Frage, ob gegen die beiden bekannten Zeugen Sprig und Guberl aus der ersten Verhandlung ein Verfahren wegen fahrlässiger oder wissentlicher falscher Befundungen angehängt wird, ist, wie wir hören, noch immer nicht entschieden. Die Staatsanwaltschaft wird binnen kurzem die Frage klären, ob von Amtswegen die Voruntersuchung eingeleitet wird.

Graefe, Hitler, Ludendorff.

Vernehmung im Hochverratsverfahren.

Eine Berliner Korrespondenz meldet:

Gegen Herrn von Graefe schwebt die Beendigung des Hitler-Prozesses beim Staatsgerichtshof ein Verfahren wegen Beihilfe zum Hochverrat, der darin erblickt wird, daß in den kritischen Tagen des November 1923 v. Graefe in München weilte und nach vorausgegangenen Besprechungen mit den damaligen Führern der Häftlinge an der historischen Versammlung im Münchener Bürgerbräu teilgenommen hat. Gestern ist v. Graefe im Auftrage des Oberreichsanwaltes in Berlin vernommen worden, und es wurden ihm die Aussagen der Rahr, Hoffow, Böhner, Fricke und Ludendorff entgegengehalten. Weiter wurde auf die Reden Bezug genommen, die v. Graefe im Reichstag gehalten hat.

Die Untersuchungsbehörde vertritt dabei den Standpunkt, daß v. Graefe, der auch im Reichstag wiederholt auf seine Münchener Verbindungen hingewiesen, durchaus über das im Bilde gewesen sein mußte, was Hitler am 8. November 1923 durchzuführen versuchte. Der Untersuchungsrichter hat inzwischen auch den Kurier festgestellt, der in der kritischen Zeit Nachrichten von General Ludendorff an v. Graefe überbrachte. Es handelt sich um einen Hauptmann Drechsler, der jedoch Deutschland schon vor längerer Zeit verlassen hat und sich gegenwärtig in Angola aufhält. Ein Bruder dieses Hauptmanns Drechsler, der in Deutschland wohnt, hat v. Graefe schwer belastet. Infolgedessen soll jetzt auf Antrag des Beschuldigten der in Angola wohnende ehemalige Kurier Ludendorffs kommissarisch vernommen werden. Bezüglich seiner Reichstagsreden lehnte v. Graefe gegenüber dem Untersuchungsrichter einen Kommentar ab.

Der Fall Sp...

Von Ernst Toller.

Genß Toller veröffentlicht in der „Selbstläuterung“ Dokumente bayerischer Justiz. Das folgende ist nicht bloß ein Justiz-, sondern ein Lebensdokument höchster Art.

Im Gefängnis Stadelheim fiel mir ein Kamerad auf, in dessen Stirn, zwischen den Augenbrauen, eine senkrechte, tiefe, rote Narbe sich einkerbte. Es war Ludwig Sp... Bäckergehülfe aus München. Andere erzählten mir, daß er nicht sprechen noch hören könne. Ich bat ihn, auf einem Zettel seine Geschichte mir aufzuschreiben. Er tat es. Das Blatt mit seiner Erzählung habe ich verloren. Ich bemühe mich, seine Darstellung wiederzugeben.

Mein Geschichts kann deutscher Ahnung vom Geist bayerischer Justiz geben. Im Mittelalter entschied über manchen Gefangenen das Gottesurteil. Ueberstand er es, ward ihm Freiheit geschenkt. Wir leben im zwanzigsten Jahrhundert. Fortgeschrittener ist unsere Zeit! Humaner! Aufgeklärter!

Die bayerische Regierung stellt einen Mann, der zweimal alle Qualen der Erschießung erlitten, der zweimal, in Wahrheit, sterben mußte, vor Gericht, verurteilt ihn und schickt den Krüppel ins Gefängnis.

Der Justizminister jener Tage hieß Müller-Meiningen.

„Ich war Rotgardist. Am 2. Mai wurde ich gefangen genommen. Weißgardisten führten mich in die Mattäuser-Bräuterei. Ich wurde zu einem Offizier geführt. Er nahm meine Personalkarte auf. Dann wurde ich einem Feldwebel übergeben. Der führte mich in den Hof einer Schule. Dort sagte er: „Wozu lange Umstände machen! Kert, stell Dich an die Wand.“ Ich stellte mich, ohne viel zu überlegen, an die Wand. Furcht hatte ich schon, aber alles ging so rasch, daß ich zu langem Besinnen nicht kam. Der Feldwebel zog seinen Revolver, zielte, schuß...“

Ich lag auf dem Hof. Mein Kopf fiel nach hinten. Ich fühlte feucht. Er hing wohl in eine Pfütze. Was war geschehen? Herrgott, ich bin doch erschossen. Aber wie? — Ich öffnete die Augen. Ueber mir hing ein Himmel. Ich überdachte, was geschehen ist. Sehr geschwind dachte ich. Der Feldwebel hat seinen Revolver gezogen, hat gezielt, hat geschossen. Das habe ich nicht geträumt. Aber tot bin ich nicht. Wahrscheinlich bin ich nur verwundet. Wo, weiß ich nicht. Ich will mich erheben. Nein, nein, das darf ich nicht tun! Der Feldwebel ist vielleicht oben in seinem Bureau und sieht, daß ich noch lebe. Lang kommt er und macht mir vollends den Barsaus. Ich bleibe ganz still liegen.

Wieviel Zeit verging, weiß ich nicht. Ich höre Stimmen: „Du, liegt ein Koter.“ Ich fühlte, wie man in meine Taschen greift. Ich auspaubt. Ich muß nun doch eine Bewegung gemacht haben. Er eine sagt: „Du der lebt noch.“ „Dann gib ihm den Fangschuß.“ Der andere. Ich fühlte was Kaltes an meiner Stirn.

Als ich erwache, liege ich in einem großen Saal auf einem Operationsstisch. Ich sehe Männer in weißen Kitteln und Schwärmern. Ich sehe ihre Lippen sich bewegen. Aber ich höre nichts. Ich will sprechen. Es geht nicht. Plötzlich erinnere ich mich: Ich bin doch tot! Was denn? Was denn? Ich gebe Zeichen. Die Menschen um mich merken, daß ich nicht sprechen noch hören kann. Allmählich erfahre ich alles.

Der Schuß vom Feldwebel war an meinem Zigarrenetui abgeprallt. Vor Angst und Schreck war ich ohnmächtig geworden. Der Soldat, der mir den Fangschuß gab, hatte den Revolver an meiner Stirn angelehnt. Aber da mein Kopf nach unten hing, war die Kugel nicht in die Stirn eingedrungen. Es war nur ein Streifschuß geworden. Man kann den Finger reinlegen, so tief ist die Narbe. Ich blieb auf dem Hof für tot liegen. Abends warfen Soldaten den Toten auf einen Wagen, auf dem schon einige Leichen lagen. Sie fuhrten uns auf den Ostfriedhof. Als ich auf die Erde gelegt wurde, muß ich mich bewegt haben. Ein Pfarrer sah es und veranlaßte, daß ich in die chirurgische Klinik geschafft wurde.

„Und dann?“ schrieb ich auf einen Zettel.

„Ich kam vors Volksgericht. Sie haben mich ein Jahr drei Monate Festung wegen Beihilfe zum Hochverrat aufgeschmissen. Morgen transportieren sie mich in die Festung.“

Eine Große Anfrage. Im Himmelsreichstag ist die folgende Große Anfrage der Deutschen Wetterregulierungspartei (DWB) eingegangen: „Die Wetterschäden während der letzten Wochen, insbesondere die Hochwasserschäden im Rhein- und Ruhrgebiet, und das überaus milde Wetter im ganzen Reich haben in der Öffentlichkeit unheimlichstes Aufsehen erregt und zeigen annehmend, daß die Wetterregierung im Himmel wenig Verständnis für das Wohlergehen des deutschen Volkes hat. Wir fragen an:

1. Ist die Himmelsregierung bereit, über die Behauptung, der Winter mit Schnee und Eis solle ganz abgeblasst werden, Aufklärung zu geben? 2. Ist die Himmelsregierung bereit, über die anscheinend vorhandenen Mängel in der Organisation des himmlischen Wetterdienstes Auskunft zu geben? 3. Ist die Himmelsregierung bereit, ihre himmlischen Säulen zu vertopfen und das Rüssen auf die Erde kurzzeitig zu unterlassen? 4. Ist die Himmelsregierung bereit, in Zukunft das Wetter festzusetzen nur im Einvernehmen mit dem deutschen Volke, als dessen Vertreterin in Wetterangelegenheiten sich die Deutsche Wetterregulierungspartei betrachtet? B. D.

Reiseindrücke aus vier Weltteilen gab Arthur Holtscher am Dienstagabend im Bürgeraal des Rathauses wieder, teils durch Vorträge, aus einigen seiner Bücher, teils — mit weit stärkerer Wirkung — in freier Rede. Holtscher behauptet, wie schon der als Einleitung gebotene Abschnitt aus seinem letzten Buche erkennen ließ, zu denen, die ein innerer Drang zur Wanderung in immer neue Gegenden treibt, die ohne Bindung an einen bestimmten Reiseplan gern im Genusse überraschender Eindrücke verweilen und ein besonders feines Empfinden für die Eigenart von Landschaft und Volkstum haben. Dabei ist ihm ein starkes soziales Verständnis eigen,

und mit lebhafter Teilnahme begleitet er das profetische Ringen nach einer neuen Gesellschaft. Eine stehende soziologische Studie hat seine anschauliche, aus scharfer Beobachtung geschöpfte und mit leichtem Humor gewürzte Darstellung der Entstehung der Siedlungen im Innern und Westen von Kanada und der expandierenden Tendenz ihrer Bevölkerung. Die Schilderung einer Luftfahrt von Paris nach London und noch mehr die eines Besuchs der Pyramiden in Ägypten offenbart ein tiefes feellesches Erleben äußerer Eindrücke. Am mitreißendsten und nachhaltigsten war die von starker Ergriffenheit getragene Schilderung einer Reise in das Hungergebiet an der mittleren Wolga im Frühjahr 1922. Hier wurde die weiche, gültige Seele des russischen armen Volkes und sein Martyrium in jenem vorangegangenen Winter entsetzlicher Hungersnot mit packender Eindringlichkeit lebendig. Ob sich freilich Holtscher nicht aus sozialrevolutionärem Temperament zu einer allzu einseitig günstigen Beurteilung der bolschewistischen Zeitung hat verleiten lassen, mag die historische Kritik feststellen.

Eine Seilbahnverbindung auf den Brocken. Es sind umfangreiche Vorarbeiten im Gange, um eine Seilbahnverbindung von Bad Harzburg über Rottleubaus auf den Brocken zu errichten. Die Endstation soll in die Gegend der Hahnenkämpfe kommen, die Zwischenstation etwa auf den Hahnenkämpf am Rottleubaus und die Endstation auf den Brocken. Die Errichtung dieser Bahn wäre besonders besonders wünschenswert und entspräche einem Bedürfnis, weil die jetzt bestehende Bernigeröder Gletscherbahn im Winter nicht fahrbar und weil für den Winterport infolgedessen keine Brocken-Verbindung vorhanden ist.

Die deutsche Sprache in England. Der Direktor der englischen Erziehungsanstalt Rugby School erklärte auf der in London abgehaltenen Jahreskonferenz der Verbände für Erziehungswesen in einer Rede über das Thema „Die Vernachlässigung der deutschen Sprache“, alle Anaben und Mädchen mühten nach Erreichung eines bestimmten Lebensalters in die deutsche Sprache eingeführt werden und in ihr soweit gefördert werden, daß es ihnen möglich wäre, sich selbstständig fortzubilden. Die deutsche Sprache sei als Erziehungsmittel unschätzbar. Es sei unmöglich, ohne Kenntnis der deutschen Sprache mit dem Fortschritt der Wissenschaften Schritt zu halten. Auch für Handelszwecke sei die Kenntnis der deutschen Sprache von großem Wert. Zwischen Deutschland und England sei ein weit größerer Handel im Gange, als es einige englische Politiker zugeben wollten.

Das Gattenspiel der Mitglieder des Moskauer Künstlerbundes im Deutschen Künstlerbundes geht am 2. zu Ende und zwar kommen als 15. und 16. die Brüder Saramagali nach dem schließlichen nachmaligen. Die Brüder Saramagali sind ein Roman von Dostojewski zur Aufklärung. Am 8. geht Dimitri Gletsch, rina Swamomna mit R. Germanos, für die der russische Dichter das Werk geschrieben hat und die Titeltabelle spielt, in Szene.

Edvard Bernhein ist mit der Abfassung seiner Memoiren beschäftigt die im Verlag Erich Reich in Berlin erscheinen werden.

Die Humboldt-Hochschule eröffnet ihre Tätigkeit am Sonntag, 8. Uhr, Aula Dorstenstr. 12, mit einem Vortrag des Dr. R. Polenz: „Wanderungen mit der Humboldt-Hochschule durch Deutschland.“

Die Tagung der Internationale.

Drahtf. 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Den Dienstag widmete das Internationale Exekutivkomitee zunächst der Besprechung der Zustände in Italien. Dazu wurde einstimmig erklärt, daß das Exekutivkomitee mit Entrüstung von den Brandstiftungen und Zerstückelungen gemäßigter Oppositionsblätter, dem Auseinandergehen der Kammer und der Mobilisierung der Faschisten Kenntnis nimmt, alles Nachrichten, die durch Mussolinis Kammerrede bestätigt worden sind, in der der Vergewaltigung von Recht und Vernunft durch die brutale Gewalt erneut als Regierungsprinzip aufgestellt ist. Die Entschliebung drückt dem italienischen Volk in dieser furchtbaren Prüfung die lebhafteste Sympathie aus sowie das feste

Vertrauen, daß Italien bald wieder seine Selbstbestimmung erobert und den Triumph der Demokratie erleben wird.

Nach einer kurzen Aussprache über die Lage in Ungarn beschloß das Exekutivkomitee, der ungarischen Partei seine freundschaftlichen Dienste anzubieten, um gewisse Schwierigkeiten innerhalb dieser Partei zu überwinden. Shaw und de Brouckere wurden bestimmt, an einem Schlichtungsausschuß teilzunehmen, in den der ungarische Parteivorstand und die Opposition je einen Vertreter entsenden. Als Tagungsort für den nächsten Internationalen Kongreß wurde Paris bestimmt. Er soll im August oder September stattfinden. Das genaue Datum wird derzeit festgesetzt werden, doch die Delegierten die Möglichkeit hoben, den Festlichkeiten aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der belgischen Arbeiterpartei beizuwohnen.

Eine Depesche aus Stockholm, die eine erhebliche Besserung im Befinden Brantings meldet, wurde mit Freuden zur Kenntnis genommen. Das Exekutivkomitee erörterte schließlich das Problem der Räumung Rins. Die Diskussion darüber zeigte eine erfreuliche Einmütigkeit. Es wurde eine Entschliebung angenommen, in der ausgesprochen wird, daß gewisse Bestrebungen in Deutschland jenen Elementen in den alliierten Ländern, die die Befestigung der Räumung Rins, einen Vorwand liefern. Die Resolution fordert deshalb die Räumung der Rinner Zone und verlangt von den sozialistischen Parteien der alliierten Länder, energisch dafür einzutreten. Ferner wird in der Entschliebung der

Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund gefordert.

Eine Stellungnahme zum Bolschewismus und zur Sowjetregierung mußte wegen Zeitmangels auf die nächste Tagung verschoben werden. Am Mittwoch reisten die Delegierten in die belgischen Industriegebiete, um die Einrichtungen der belgischen Partei und Arbeiterbewegung zu besichtigen.

Aufgaben der Internationale.

Ein Brief Friedrich Adlers an die Exekutive.

Wie bereits in den telegraphischen Berichten über die Sitzungen der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel mitgeteilt wurde, hatte Genosse Friedrich Adler den Antrag gestellt, ihn wegen Schwierigkeiten persönlicher Natur von den Funktionen eines Sekretärs der Exekutive zu entbinden. Auf Ersuchen der Exekutive erklärte sich Genosse Adler schließlich bereit, sein Amt bis zum nächsten internationalen Kongreß, der im Herbst dieses Jahres stattfindet, beizubehalten. Aus dem Brief, den Genosse Adler an die Exekutive schrieb, um seinen Rücktritt zu begründen, gehen wir nachstehend einige Stellen wieder, die allgemeines Interesse beanspruchen. Nach einem Hinweis darauf, daß bisher, nach den Spaltungen der Kriegszeit, die organisatorische Zusammenfassung der sozialistischen Parteien im Vordergrund stand, weist er darauf hin, daß die Margisten, die heute eine Minderheit in der internationalen Arbeiterbewegung bilden, jetzt vor allem daran gehen müßten, die sozialistische Erkenntnis in der neu gebauten internationalen Organisation zu vertiefen:

„Die Margisten sind eine Minderheit in der Internationale, und sie müssen sich stets bewußt sein, daß sie eine Minderheit sind, denn daraus erwächst die volle Klarheit über ihre Aufgaben. Sie können sich im Gegenlag zu den heutigen „Kommunisten“ auf das „Kommunistische Manifest“ berufen, doch sie keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien sind. Nicht in der Abschließung, sondern im Strom der Gesamtbewegung, im Rahmen der Sozialistischen Arbeiterinternationale allein kann die Aufgabe der Margisten erfüllt werden.“

Den Aberglauben, daß man die Parteien in gute und böse teilen könne und die „guten“ zu einer Internationale vereinen soll, habe ich nie geteilt. Denn die beiden Tendenzen finden sich innerhalb jeder wirklichen Massenpartei. Dem Gegensatz ausweichen wollen, führt direkt zum bolschewistischen Wahnsinn der Konventikel von Konspiratoren, zur Reduzierung der Massenparteien auf Sekten. Daher muß es eine der Hauptaufgaben der Margisten sein, die Gesamtbewegung vor Spaltungen zu schützen, daher war ihr Hauptaugenmerk auf die Wiederherstellung der internationalen Organisation gerichtet.

Aber ebenso wichtig ist es, innerhalb dieser neugebauten Organisation für die Verbreitung marxistischer Erkenntnis und Methoden zu sorgen. Diese Aufgabe scheint mir heute, nachdem die Organisation nun gesichert ist, als das nächste und wichtigste Erfordernis. Der Körper ist geschaffen, es handelt sich nun darum, den Geist zu entwickeln. Wir müssen die Internationale als Gesamteinstitution erhalten und ausbauen, wir müssen aber ebenso unsere Aufgaben als marxistische Minderheit, und zwar stets innerhalb der Internationale erfüllen.“

Ein Hilferuf der Verbannten.

Man schreibt uns aus einem russischen Verbannungsorte: „Viele von den hier befindlichen politischen Verbannten haben noch unter dem Zarismus Gelegenheit gehabt, die Verbannung kennenzulernen. Die zarischen Verbannungsorte waren schlecht, aber wir alten Verbannten müssen gerade heraus sagen, daß das Verbannungssystem der Sowjetregierung noch weit schlimmer ist. Wir leben in unerträglich schweren, materiellen Verhältnissen. Monatlich sind zum Unterhalt 6 Rubel pro Person angelegt, aber die Auszahlung verzögert sich in der Regel um einige Monate. Da wir als „unzuverlässige“ Elemente angesehen werden, dürfen wir keinerlei Arbeiten übernehmen. Verfolgungen und Hausdurchsuchungen sind eine alltägliche Erscheinung. Unter dem Zarismus bestand wenigstens die Sicherheit, daß man nach Verbüßung der angelegten Frist zu seiner Familie zurückkehren konnte. Jetzt hat man diese Sicherheit nicht. Unmittelbar vor Ablauf der Verbannungsfrist trifft oft eine neue Verfügung ein, daß die Frist um weitere drei Jahre verlängert ist, die in einem noch weiter abliegenden Orte verbüßt werden müssen. Nicht umsonst sagen die politischen Verbannten: „Wer einmal in die Krallen der Tscheka geraten ist, Verbannten: „Wer einmal in die Krallen der Tscheka geraten ist, der kommt so leicht nicht wieder heraus.“ Das Schicksal des politischen Verbannten in Sowjetrußland ist Hunger, Kälte, Demütigung und Tod.“

Französischer Kriegsprozess. Das Kriegsgericht von Nancy hat den deutschen Leutnant Oberlein in Abwesenheit zu fünf Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Rußensoldat verurteilt, weil er am 27. August 1914 habe zwei Gefolge zwischen den beiden feindlichen Schützengräben anbinden lassen, um die Franzosen zur Entstellung des Feuers zu bewegen und sich außerdem eines Eitzschleitsverbrechens schuldig gemacht habe.

Schwarzer Tag.

„Warum denn weinen, wenn man aufs Finanzamt geht?“, sang man einst mit Paroblerung der bis zum Ueberdruß geduldeten Verse aus der Operette: „Die Scheidungsreise“. Und sie hat recht, diese Parodie, und trotzdem „weinen“ so viele Staatsbürger, und der 10. Januar, der Tag, an dem sie auf das Finanzamt gehen müssen, um die Vorauszahlung der Steuer für das vierte Quartal des verflossenen Jahres zu leisten (daher der Name Vorauszahlung!) ist für sie der erste schwarze Tag im neuen Jahr. Es geht heute und die nächsten Tage lebhaft und nicht immer lustig auf den Finanzämtern zu. Publikum drängt sich auf den Fluren, die Beamten, die, das muß man zu ihren Ehren und Gunsten anerkennen, immer höflich und liebenswürdig sind, werden mit Fragen und Klagen förmlich überschwemmt, so daß man sich wirklich darüber wundern muß, daß sie die Geduld nicht verlieren.

Die Leute, die in diesen Tagen auf die Finanzämter gehen müssen, Kaufleute, Industrielle, Vertreter und Angehörige freier Berufe, sie alle behaupten, daß man ihnen zuviel Steuern abnimmt und sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht zahlen. Man kommt allen Säumigen und „faulen“ Kandidaten von den Finanzämtern in der weitesten und liebenswürdigsten Weise entgegen, man gewährt ihnen Stundung und schiebt auf ihren Wunsch die am 10. Januar fällige Zahlung bis zum 17. Januar hinaus. Und doch hört man vom Publikum nur Murren und Klagen. Es ist ja gewiß bis zu einem gewissen Grade verständlich, daß man nicht mit allzu großer Bereitwilligkeit heranspringt, um Steuern zu zahlen und gar nicht abwarten kann, bis die Finanzämter einem das überflüssige Geld abgenommen haben. Es ist ferner auch klar und leicht erkenntlich, daß vielen, und namentlich den Vielen aus den freien Berufen, das Steuerzahlen schwer genug fällt. Alle diese sollten aber bedenken, wieviel ungünstiger ihnen gegenüber alle Lohnarbeiter und fest Besoldeten dastehen, ihnen wird von jeder Lohn- und Gehaltszahlung sofort der Steuerbetrag abgezogen. Hier gibt es weder Stundung noch Aufschub, und Drückbergerlei findet keine Stätte.

Die anderen jedoch wollen doch häufig mit dem Antrag auf Fristverlängerung der Zahlung weiter nichts erreichen, als eine notwendige Zahlung, für die sie auch das Geld besitzen, hinauszuschieben, um länger im Besitz des Geldes zu bleiben und mit der Summe operieren und spekulieren zu können. Sie pfeifen darauf, daß der Staat Steuern braucht, um allen seinen vielen Verpflichtungen nachzukommen und eintreten zu können für die völlig Enterbten und Besitztlosen. Sie sagen etwas vom schwarzen Tag der Steuerzahlung und denken nicht an die langen und vielen schwarzen Tage jener Mitbürger, die durch Arbeitslosigkeit mit ihren Familien in die größte Not geraten sind.

Als vermeintlicher Einbrecher angeschossen.

Wieder eine Alkohol-Tragödie.

Das Opfer eines verhängnisvollen Verfalls wurde in der vergangenen Nacht in seiner Trunkenheit der 30 Jahre alte Schneider Wilhelm Pring aus der Rittenwalder Straße.

Pring machte mit dem früheren Inhaber einer Schankwirtschaft in der Friesenstraße 14 eine „Kneiptour“ und kam nicht mit aus dem diesem Lokal. Bei Geschäftskauf glaubte der Wirt, daß der Schneider, daß dieser unbemerkt schon weggegangen sei, und entfernte sich ebenfalls. Der neue Wirt klopfte dann und nur keine Tochter und deren Bräutigam blieben noch im Schankraum, um etwas aufzuräumen. Pring war aber nicht nach Hause gekommen, sondern hatte die Toilette aufgesucht und war in der Trunkenheit doreingefallen. Als er sich nun dort rührte, glaubten die Wirtstochter und ihr Bräutigam, daß sich ein Einbrecher eingeschlichen habe. Der Bräutigam rüttelte an der Tür, erhielt aber keine Antwort. Ein neues Geräusch schen keine Vermutung zu bekräftigen. Er forderte den vermeintlichen Einbrecher auf, mit erhobenen Händen herauszukommen. Als das nicht geschah, schloß er aus einer Pistole durch die Tür. Auf den dritten Schuß öffnete Pring, kam herausgestürzt und brach zusammen. Er hatte einen Schuß in die Brust erhalten. Der unglückliche Schütze benachrichtigte die Revierpolizei und einen Arzt. Dieser leistete dem Schwerverletzten die erste Hilfe und ließ ihn dann nach dem Krankenhaus bringen.

Fabrikbrand und Wohnungsbrand.

Ein höchst gefährlicher Fabrikbrand kam gestern abend in einer Seifensiederei in der Falkenberger Str. 122 in Weiskensee durch Uebertochen eines Kessels mit Fett zum Ausbruch. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, fanden schon Gebäudeteile und ein angrenzender Schuppen in Flammen. Diese hatten an Fettvorräten so reiche Nahrung gefunden, daß „Mittelfeuer“ an alle Wände gemeldet wurde, worauf sofort sechs Löschzüge nach der Brandstelle ausrückten. Es wurde mit mehreren Schaufelungen vorgegangen. Die Hohenföndhauler Wehr gab mit ihrer Motorspritze unter Bemühung eines B-Rohres wirksam Wasser. Es gelang, eine weitere Ausdehnung zu verhindern. — In der letzten Nacht gegen 2 Uhr kam in der Schillingstraße 37 in einer Küche des Dachgeschosses Feuer aus, das schnell um sich griff. Bei Ankunft der Wehr war der Ausbruch schon total verqualmt. Eine Wohnung stand vollständig in Flammen. Die zweite Kompanie der Feuerwehr mußte sofort mit mehreren Schlauchleitungen anzureisen und dazu zwei große mechanische Leitern benutzen. Schließlich gelang es, den Brand auf das Dachgeschoss zu beschränken. Auch hier ist der Schaden erheblich.

Betrügereien eines Theaterdirektors.

Der Prozess gegen den ehemaligen Bureauvorsteher und früheren Direktor des Wallner-Theaters, Friß Hundt, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte Zuchthausstrafe beantragt. In der Hauptphase wurde Hundt schuldig befunden des Hypothekensunders. Er hatte sich als Direktor einer Grundstücksverehrsgesellschaft mit der Vermittlung von Hypotheken abgegeben und den Deuten vorgeschwindelt, daß er ein holländisches Finanzkonsortium mit 10 Millionen Goldmark hinter sich habe. Auf diese Weise hatte er im Jahre 1924 13 000 M. Provision erschwindelt, die ihm die Reichsstaatsbank im voraus auf die zu erwartenden Darlehen gegeben hatten.

Noch immer „Residenzstadt“ Potsdam?

Der Potsdamer Magistrat verwendet heute noch, im siebenden Jahre der Republik, einen Stempel: „Magistrat der Residenzstadt Potsdam.“ Sind die Mittel der Stadt so beschränkt, daß sie die Anschaffung eines neuen Stempels verbietet, oder sollte den guten Potsdamer Stadtvältern der Wortlaut der Weimarer Verfassung noch nicht bekannt sein, deren Artikel „Das Deutsche Reich ist eine Republik“ doch wohl auch für Potsdam gilt? Auf jeden Fall sollte man sich der Potsdamer Schloßmühen erheben und ihnen ins Gedächtnis zurufen, daß wir, trotz der Anwesenheit eines Hohenzollernsprösslingen in Potsdam, keine Monarchie mehr haben.

Die Verhaftung Eprit-Webers.

Nach einer Meldung des Tschekoslowakischen Preßbureaus in Prag stellte bei den Nachforschungen nach dem geflüchteten Hermann Weber der Berliner Kriminalbeamte Brumme in Basel in der Schweiz fest, daß Weber seinem Sekretär Dr. Albert Cantrup telegraphierte, er möge ihm mit Geld nachhelfen. Dr. Cantrup verschaffte sich nach seiner Abreise aus Basel in Zürich ein Visum nach der tschekoslowakischen Republik und reiste nach

Prag ab, wohin ihm Brumme folgte. Dr. Cantrup nahm im Hotel Imperial in Prag Aufenthalt, wo er von zwei Geheimpolizisten verhaftet wurde. Dr. Cantrup hatte bei sich einen größeren Betrag in bar und zwei Kreditbriefe auf 15 000 Pfund Sterling, sowie Anweisungen an Prager Banken, und zwar aus Amsterdam über 30 000 und aus Rotterdam über 10 000 Pfund Sterling. Cantrup behauptet, daß das Geld einer englischen Gesellschaft gehöre, an der auch Weber beteiligt sei. Weber und Cantrup werden heute dem Landesstrafgericht eingeliefert werden.

Ein famoses Gefängnis.

Verleitung zum Meineid durch fortgeworfene Kaffiber.

Eigenartige Zustände, die im Gerichtsgefängnis zu Luckenwalde bestehen sollen, wurden in einer Verhandlung gegen den Revierförster Ernst Haupt aus Lieben vor der Potsdamer großen Strafkammer zur Sprache gebracht. Haupt, der wegen Verleitung zum Meineid von dem Luckenwalder Schöffengericht zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt worden war, halte gegen das Urteil vor der Potsdamer Strafkammer Berufung eingelegt. Die Verleitung zum Meineid geht aus dem Inhalt eines Kaffiber hervor, den der Angeklagte am 28. Mai n. J. auf dem Gerichtskorridor in Luckenwalde fortgeworfen, als ein ihm befreundeter Herr auf dem Gerichtskorridor auf- und abging. In dem Kaffiber gab der Angeklagte drei Zeugen darüber Direktiven, wie sie in einem gegen ihn, dem Förster, schwebenden Mehrereiprozess zu seinen Gunsten auszusagen sollten. Als die Kaffiberfrage nun vor dem Potsdamer Gericht erörtert wurde, stellte es sich heraus, daß aus dem Gefängnis in Luckenwalde ein äußerst reger Verkehr nach außen besteht. Ständig sind durch die Lage des Gebäudes und der Zellen Verkehrsverbindungen gegeben. Angehörige von Gefangenen können sich ungehindert von der Strafe, der sogenannten Bude, durch Flaggen signale oder durch Namenrufen mit den Gefangenen aus dem Fenster verständigen, Kaffiber klattern dann herunter, und in Stiefelschmiere und Brot gehen die Antworten wieder ins Gefängnis hinein. Der Anklagevertreter hielt es für geboten, diese seltsamen Zustände in schärfster Weise in seinem Plädoyer zu geißeln. Die Berufung wurde auf Kosten des Angeklagten verworfen.

Die Polizeiverordnung über die Neuregelung des Berliner Straßenverkehrs ist nach eingehenden Besprechungen mit Magistrat und Interessenten unter dem 6. Januar vom Polizeipräsidenten herausgegeben worden. Sie tritt jedoch erst am 1. März d. J. in Kraft. Gegenüber dem ersten Entwurf sind eine ganze Reihe Änderungen vorgenommen worden.

Änderungen im Straßenbahnverkehr. Vom Montag, den 12. d. M., ab verkehren die Straßenbahnlinien 4 und 31 zwischen Hermannplatz und Görlitzer Bahnhof über Kaiser-Friedrich-Straße, Reuterstraße, Pflügerstraße, Friedebachstraße, Grünauer Straße, anstatt bisher über Kaiser-Friedrich-Straße, Panikerstraße, Mogauer Straße, Reichenberger Straße, Grünauer Straße. Die Linie 82 wird am Endpunkt Dönhofsplatz im Schienenbetrieb über Leipziger Straße, Jerusalemstraße, Krausenstraße (Dönhofsplatz), Kommandantenstraße, Deutschstraße, Spittelmarkt geführt.

Der Film „Schmiede“ gelangt am Freitag, 9. Januar, abends 8 Uhr, in einer Veranstaltung des Kulturbundschulbesuchs Treptow-Deumischkulmenen in Berlin seines Schöpfers Martin Berger zur Vorführung.

Ein SA-Truppenführer, Volkshochschullehrer der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, beurlaubt am 9. Januar, abends 8 Uhr, in Berlin (Charlottenstraße, Steglitzer Str. 29). Die Teilnehmer dieses Kuriums werden voraussichtlich am 20. Januar zu Übungsturen nach Bad Reinerz fahren. Kurant: Kurjarski 1309.

Erdbeben in Südwestdeutschland und der Schweiz.

In Freiburg i. B. in Oberbaden sowie in der Schweiz wurden heute früh von 3,50 bis 4 Uhr heftige Erdstöße wahrgenommen, die von einem unterirdischen schwachen Donnergeräusch begleitet waren. Die Erdbewegung war wellenförmig und verlief in süd-nördlicher Richtung. Das Erdbeben, das aus drei aufeinander folgenden Stößen von abnehmender Heftigkeit bestand, wurde auch im ganzen Kanton Waadt, speziel am Fuße des Jura, verspürt. In mehreren Ortschaften verließen die Bewohner panikartig die Zimmer. An den Mauern der Häuser zeigten sich Risse. Das Kantonsobservatorium in Neuenburg in der Schweiz verzeichnete heute früh 3,44 Min. 50 Sek. das Erdbeben. Es wurden drei Stöße verspürt. Auch in Neuenburg zitterten die Mauern stark. In den meisten Ortschaften des Kantons Basel-Land wurde das Erdbeben in zwei deutlich spürbaren Stößen, begleitet von unterirdischem Geräusch, wahrgenommen. Im Kanton Aargau wurde ein starker schlagartiger Erdstoß von zwei Sekunden Dauer in vertikaler Richtung verspürt. Aus Luzern und Solothurn wird ebenfalls das Erdbeben gemeldet.

Tödlicher Fliegerunfall über dem Bodensee. Aus etwa dreißig Meter Höhe stürzte bei einer scharfen Kurve unweit der Halle Manzell ein Flugzeug ab, das von dem Chempiloten Aland gesteuert wurde. An Bord des Flugzeuges befand sich auch noch der Flugschüler Fressel. Chempilot Aland, der früher bei den Unterturwerken als erfolgreicher Flieger tätig war, erlitt, während der Flugzeugschüler einen komplizierten Beinbruch erlitt. Die Leiche Alands konnte erst im Laufe des Nachmittags geborgen werden.

Schweres Grubenunglück. In Zukarest ereignete sich ein schweres Grubenunglück, dem zahlreiche Arbeiter zum Opfer fielen. Bisher sind 15 Tote und viele Schwerverletzte geborgen worden. Eine große Anzahl Arbeiter werden noch vermisst.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 62, Einbeckerstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

6. Kreis Kreuzberg, Bildungsausschuß, Freitag, den 9. Jan., abends 7,30 Uhr, Uebung und Materialempfang bei Böhler, Diefenbachstraße 76. Jede Abteilungs muß vertreten sein.

Sport.

Breitensträter schlägt Humbel nach Punkten.

Im Hauptkampf des gestrigen Bobodends im Sportpalast, der wieder einmal einen riesigen Besuch zu verzeichnen hatte, stand Hans Breitensträter dem belgischen Schwergewichtmeister Jack van Humbel gegenüber. Nach ruhigem, technisch gutem Kampf verlor der Sprecher den Punktsieg Breitensträters. Ein Unentschieden wäre wohl mehr am Platze gewesen. Breitensträter war an der Entfaltung seines Könnens durch die harten und schweren Schläge des Belgiers sehr gehindert. — Zur Ausschreibung um die Schwergewichtsmehrfachheit standen sich Ernst Riese mann und Hans Wagener im Achtundkämpferkampf gegenüber. Nach stottem Anfang ein jähes Ende. Wagener wurde bereits in der ersten Runde nach einem Wagenstoß ausgezählt. Erst nach langer Zeit erholte er sich langsam wieder. Die beiden Tramatoren Franz Diener und Ludwig Hagmann trennten sich nach sechs Runden mit Unentschieden. Hermann Herse, der durch seine Siege in Paris in die Reihen der „Besten“ getreten ist, konnte über den Belgiergewichtmeister Ernst Grimm einen glänzenden Punktsieg davontragen. Er zeigte in allen acht Runden eine fabelhafte Technik und führte den Kampf von Anfang bis zum Ende. Im ersten Kampf mußte Erich Wilenz nach sechs schweren Runden den Punktsieg Diekmann überlassen. Der Song der letzten Runde rettete ihn vor dem Niederlagen.

